



## **Halbzeit für die Ampel: Danke für die schönen Worte, lasst endlich Taten sprechen!**

**Die Free Software Foundation Europe (FSFE) fordert mit einem Bündnis aus Zivilgesellschaft und Freie-Software-Wirtschaft die Bundesregierung auf, eine nachhaltige, soziale Digitalpolitik umzusetzen und im Bundeshaushalt jetzt die nötigen Mittel bereitzustellen.**

Der Innovationsverbund Öffentliche Gesundheit e.V., kurz InÖG, zieht eine negative Halbzeitbilanz für die Digitalpolitik der Bundesregierung. Daher fordert das Bündnis gemeinsam mit 20 Akteuren aus der Zivilgesellschaft und Freie-Software-Wirtschaft: Die Bundesregierung und die Koalitionsfraktionen im Bundestag müssen jetzt dringend ihre digitalpolitischen Versprechen aus dem Koalitionsvertrag umsetzen. Dafür müssen sie im Haushalt 2024 ausreichend Mittel bereitstellen. Zudem muss die Zivilgesellschaft stärker in Entscheidungsprozesse eingebunden werden. Es gibt in dieser Legislatur noch ein kurzes Zeitfenster dafür, Deutschland auf einen nachhaltigen, inklusiven und sozialen digitalpolitischen Kurs zu lenken. Diese Chance darf die Regierung nicht vertun.

Die Bundesregierung ist vor zwei Jahren mit einem guten und vielfach gelobten digitalpolitischen Programm angetreten, das einen Kurswechsel und eine erfolgreichere, nachhaltige, inklusive Digitalisierung versprach. Zur Hälfte der Wahlperiode lässt dieser Kurswechsel leider weiter auf sich warten. Die Ampel hat bisher nur wenige Projekte angestoßen und plant, diese im Haushalt für das kommende Jahr sogar schmerzlich zusammenzusparen. Damit droht am Ende der Legislatur ein digitalpolitisches Scheitern und ein langfristiger Schaden für Gesellschaft und Wirtschaft.

Der aktuelle Kurs der Bundesregierung in der Digitalpolitik droht aus Sicht des InÖG an drei wesentlichen Punkten in eine falsche Richtung zu gehen – ganz abgesehen von drohender mangelhafter finanzieller Ausstattung von zukunftsrelevanten Digitalvorhaben. Als Teil der digitalen Zivilgesellschaft sehen wir drei wesentliche Ansatzpunkte, an denen Digitalvorhaben in der Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft besser werden müssen, damit Digitalisierung für uns alle eine positive und sinnstiftende Wirkung entwickeln kann.

### **Ein gemeinsamer Prozess, wie wir an digitalen Lösungen arbeiten**

Entgegen der Ankündigungen des Koalitionsvertrags ist die Einbindung der digitalen Zivilgesellschaft in vielen Digitalvorhaben nach wie vor ausbaufähig. Ernsthafte, offene Beteiligungsprozesse sind selten. Open Source in der Verwaltungsdigitalisierung, aber auch in großen Teilen des digitalen Gesundheitswesens ist nach wie vor eher eine inhaltslose Floskel denn gelebte Realität.



Wesentlich für bessere digitale Lösungen für die Allgemeinheit ist die Möglichkeit der Mitwirkung, bei der sich verschiedenste Akteure an der Entwicklung von digitalen Lösungen beteiligen können. Nur durch das Mitwirken von digitaler Zivilgesellschaft schon im Entstehen digitaler Lösungen kann digitalen Fehlentwicklungen, wie wir sie mit der Luca App oder ID Wallet in den letzten Jahren erlebt haben, frühzeitig gegengesteuert werden. Die Bandbreite der Beteiligung geht dabei von Information und Transparenz über aktive Kommunikation zu Vorhaben und offenen Netzwerkveranstaltungen hin zu Konsultationsverfahren und echten Beteiligungsformaten.

In der Umsetzung von digitalen Lösungen muss Open Source z. B. in der Verwaltung nun auch wirklich gelebt und umgesetzt werden und nicht nur ein frommer Wunschtraum bleiben. Nur offener und reproduzierbarer Code von öffentlichen digitalen Infrastrukturen kann aktiv Transparenz und Vertrauen in digitale Lösungen schaffen. Für aktuell umgesetzte digitale Vorhaben muss endlich die Maxime "Public Money, Public Code" gelten, um kostspielige Vendor-Lockins aufzulösen.

Durch Open Development Entwicklungsverfahren, bei dem auch die Entwicklung in der Öffentlichkeit in offenen Code-Repositories stattfindet, kann zusätzlich das reichhaltige Wissen der digitalen Zivilgesellschaft bereits im Entwicklungsprozess mit einbezogen werden. Dies hat schon die Entwicklung der Corona-Warn-App erfolgreich vorgelebt.

Es braucht also an vielen Stellen eine Öffnung des Entstehungsprozesses, des Codes und des eigentlichen Entwicklungsprozesses, um gemeinsam bessere digitale Lösungen zu finden.

## **Ein sinniges Verständnis, an wem wir digitale Lösungen ausrichten**

Entgegen der Ankündigungen des Koalitionsvertrags ist Verwaltungsdigitalisierung nach wie vor alles andere als nutzerorientiert, Bürger:innen werden nach wie vor eher digital verwaltet als digital befähigt. In der Digitalisierung des Gesundheitswesens geht es mehr um den Nutzen für Krankenkassen oder medizinische Forschung, denn um die Orientierung an Patient:innen.

Nutzerzentrierung ist inzwischen zwar nach öffentlichem Bekunden ein wichtiger werdender Aspekt in der Entwicklung digitaler Lösungen für die Gesellschaft, auch in Verwaltung und Gesundheitswesen. Nur reichen gut nutzbare und nett aussehende digitale Lösungen nicht aus, um die Bevölkerung wirklich digital zu befähigen. Dies zeigt sich an aktuellen Problemen der Umsetzungen, etwa der Registermodernisierung oder der elektronischen Patientenakte. Wir brauchen wirklich Bürger:innen- oder Patient:innen-zentrische Lösungen für die großen digitalen Infrastrukturen in Verwaltung und Gesundheitswesen.



Für Lösungen, die die Bevölkerung wirklich digital befähigen, müssen Bürger:innen ins Zentrum der digitalen Systeme gestellt werden – mit all ihren unterschiedlichen Zugangswegen und unterschiedlichsten Art von Zustimmung oder Ablehnung bestimmter Teilaspekte digitaler Lösungen. Ein Datencockpit einer Registermodernisierung, bei der es keine aktiven Einflussmöglichkeiten seitens der Bürger:innen gibt, verdient seinen Namen nicht, wenn sich durch eine digitale Lösung nicht die aktiven Einflussmöglichkeiten und die proaktive Transparenz erhöht. Ebenso ist eine Opt-out-ePA eine digitale Scheinbeteiligungs-Lösung, die auf möglichst wenig digitale Willensbekundungen der Bevölkerung spekuliert und der Befähigung von Patient:innen so am Ende eher schadet – eine Patientenakte, die Patient:innen in allen Schritten transparent mit einbezieht und aktiv digital befähigt, sieht anders aus.

Wir müssen in digitalen Lösungen endlich hin zu einem sinnigen Verständnis, an wem wir digitale Lösungen ausrichten müssen.

## **Eine neue technische Güte, mit der wir digitale Lösungen umsetzen**

Entgegen der Ankündigungen des Koalitionsvertrags stehen technische Umsetzungen der Digitalisierung von Gesundheitswesen und Verwaltung hinter dem zurück, was technisch möglich wäre. Verwaltungsdigitalisierung ist technologisch auf dem technologischen Stand von vor Jahrzehnten und Vorhaben wie die Registermodernisierung werden auf Systemarchitekturen gebaut, die alles andere als der Stand der Technik sind. Hier werden durch unambitionierte technologische Lösungen in den Bereichen IT-Sicherheit, Skalierbarkeit und Resilienz unnötige technische Schulden aufgebaut, die technologisch nachhaltige Probleme in der Zukunft schaffen werden.

In der technischen Umsetzung von digitalen Lösungen, speziell in der Verwaltung, gilt immer noch das Prinzip, dass sich Verwaltungssysteme gegenseitig vertrauen. Ransomware-Angriffe auf Verwaltungssysteme erzeugen immer noch erheblichen Schaden in einem großen Einschlagradius. Zeitgemäße Sicherheitsarchitekturen wie Zero Trust, die durch aktive Verifizierung bei jeder Aktion den möglichen Schaden stark reduzieren können, sind selten und werden nicht mit der Konsequenz angegangen, die für eine zukunftsfähige Verwaltung oder ein zukunftsfähiges digitales Gesundheitswesen notwendig wären.

Designprinzipien wie Security by design oder Privacy by design müssen in der Umsetzung von digitalen Lösungen noch stärker berücksichtigt werden, um auch wirklich nachhaltige digitale Lösungen zu schaffen. Nur datensparsame und sichere digitale Lösungen sind auch langfristig erfolgreiche und nachhaltige Lösungen, die auch ausreichendes Vertrauen und Akzeptanz in der Bevölkerung genießen werden.

Dazu brauchen wir eine neue technische Güte, mit der wir digitale Lösungen umsetzen.



Zeit für Taten in der Digitalpolitik, schöne Worte gab es in den letzten Jahren bereits genug!

Innovationsverbund Öffentliche Gesundheit, 29. August 2023

----

Weitere Beteiligte am Bündnis der Zivilgesellschaft finden sich bei der [FSFE](#).